

Vericht über die Sitzung der Stadtvordereuten-Versammlung vom 6. November.

Herr Veltke (Correspondent) liest in der Schlachthausfrage auf entgegengelegtem Boden und stimmt mit dem Referenten nur darin überein, daß für Halle die Zeit zu einem Schlachthause gekommen sei und die Regie von der Stadt übernommen werden. Wenn der Magistrat jetzt den Umfang hervorhebe, daß eine große Menge Fleisch als gesundheitsmäßig erkannt sei, so könne er diesen Grund als treibend nicht ansehen, denn die Anzahl der Fälle, in denen schlechtes Fleisch confiscirt worden, sei nur gering. Es sei nur zuzugeden, daß jedem Einwohner die Möglichkeit gegeben werde, sicher gesundes Fleisch zu erhalten, auch wenn es mit Kosten verbunden sei. Er weiche in der Vorkauffrage vom Standpunkte des Referenten ab, in dieser Beziehung seien von der Schlachthauskommission neue Gründe nicht vorgebracht worden. Zwei Gründe bestimmten ihn, die Wahl des Grundstücks abzulehnen, zunächst liege der Platz auf dem allerersten Punkte, wo an Ausdehnung nicht zu denken, für eine Entwicklung von Industrie keine Möglichkeit gegeben sei. Von Westen her gehen die Dünste über die ganze Stadt hinweg und bereiten erhebliche Unannehmlichkeiten. Wenn die Schlachthäuser von Salzminde nach Teufelshagen gebaut sein wird, beschränken wir uns mit unserem Viehbezug auf einen noch kleineren Theil des manstfelder Gebietes und begrenzen unsern Markt auf ein denkbar kleines Minimum, während wir bei der Lage an der Bahn uns mit einem weitern Viehbezugsfreie in Verbindung setzen können. Der Stadt würden mit Erbauung eines Schlachthauses neue Pflichten auferlegt, wenn auch die Baukosten vermindert und amortisirt werde, der Gewinn liege in keinem Verhältnisse zu den zu kontrahirenden Schulden. Eine Stadt wie Halle, an welche die Bedürfnisse so pachtend herangetragen, muß, wenn sie solche Industrie schafft, zugleich an eine Vermeidung der Einnahmen denken. Daß die Stadt diese Absicht hat, geht aus den Akten hervor. Nach einschneidender ist der Preis des Fleisches, das Fleisch wird durch Anlegung eines Schlachthauses theurer, die einfache Art, wie die Fleischer bisher manipulirt haben, wird aufhören. Am 6. October sprach der Magistrat an Herrn Koest wegen seiner Dikerte und wünschte dieselbe modifizirt. Dieser Umstand löst den Schluß ziehen, daß die Angelegenheit damals im Magistrat noch nicht geklärt war. Das Viehpreise Terrain enthalte 17 Morgen für 275000 Mark, das Terrain auf dem Holzplage 7 Morgen 76 □Aufsen, 6000 Mark pro Morgen, ein Preis, der ihm zu gering erseheine. Wenn man von dem Viehpreise Terrain nur 9 Morgen brauchte, so würden 8 Morgen für anderweitigen Verkauf frei werden. Wenn die Fleischer auf die Entschädigung verzichten wollten, so würde dieser Verzicht freilich die Stadt vor Verbindlichkeiten schützen, auch sei es damit einverstanden, daß sie auf Entschädigung Anspruch machen, er lege aber nicht den Werth auf diesen Verzicht, die Fleischer hätten ein Interesse, die Anlage dort unten entstehen zu lassen, weil sie glauben, daß sich dann das Gewerbe in wenigen Jahren finden werde. Für uns ist dieser Punkt nicht entscheidend, weil der Preis für die Entschädigung auf den Fleischpreis geworden würde. Daß die Entschädigung nicht so hoch sein werde, wie die Fleischer angegeben haben, hat Referent selbst angedeutet. Er hofft von den Bahnverwaltungen auch für eine Anlage am Bahnhofs ein gleiches bereites Entgegenkommen wie bisher.

Herr Dr. Schrauer führt der Objektivität wegen an, daß gegen den Holzplage der unzulängliche Untergrund und die engen Zugänge nach der Klausstraße sprechen, ist jedoch der

Meinung, daß der vermehrte Verkehr immerhin wird getragen werden können und selbst die notwendig werdende Abtragung der Schifferbrücke böte einen Gewinn. Herr Colla bezeichnet es als ihm unverständlich, den Wunsch eines ganzen Gemeinthe ungespürt verfallen zu lassen, und will das zu gründende Institut mit dem Können und nicht zu reichen Geld der Stadt einerseits und den Interessen des Theils, welcher der Bevölkerung gesundes Fleisch schaffen muß, in Einklang bringen. Es sei billig, den Fleischer die Vorbedingungen zu erfüllen, damit sie ihren Verpflichtungen gegen die Bürgerpflicht nachkommen können. Da der Marktplage für die Abhaltung des Marktes zu klein sei, so werde das Hallenterrain für einen zweiten Marktplage, auf dem die Fleischstände aufgestellt würden, aufkommen müssen. Wenn das Schlachthaus auf den Holzplage käme, wäre damit der billige Weg, der Wasserweg, geschaffen, die Waaren nach dem Marktplage zu bringen.

Herr erster Bürgermeister Staube: Herr Veltke habe das Bedürfnis eines Schlachthaus anerkannt, jedoch eine Vertheuerung der Fleischpreise in Folge der Errichtung eines Schlachthauses in Aussicht gestellt und gesagt, daß die Entschädigungen der Fleischer auf die Baufkosten geworfen werden sollten. Er befreite, daß die Errichtung eines Schlachthauses die Fleischpreise in die Höhe treiben werde, so habe in Bodum die Errichtung eines Schlachthauses die Fleischpreise herabgedrückt. Außer den festgestellten Fällen, wo ungesundes Fleisch in die Stadt eingeführt sei, seien jedenfalls noch sehr viele andere Fälle vorgekommen, die Polizei sei eben nicht in der Lage, Alles zu verhindern. Das Bedürfnis eines Schlachthauses kann nicht gedeutet werden, nachdem sogar keine Städte vorangegangen wären. Es gebe keine wohnwürdigere Anlage als diese, eine ganze Million würde durch Amortisation Eigenthum der Stadt werden. Das Viehpreise Grundstück sei noch weniger verwertbar als früher, da die ganze Disposition des Bahnhofsbaues die Bahngelände auf die östliche Seite hindrange, so daß die Anschlüsse dort un bequem seien und beseitigt werden sollten. Jeder Wagen müste bis zum Steinofen heraufgeführt werden, die Locirung am Holzplage kann endlich nicht angefochten werden, es ist eigentümlich, daß bei Hochwasser das Grundstück nicht überfluthet war, es existirt dort eine fabrikrade Straße, auf welcher sich Wagen begehen können, der Holzplage ist günstiger als jedes andere Grundstück gelegen, die Viehpreisestraße kann erweitert werden, der Platz liegt in der Nähe der Stadt und infommodirt die Fleischer wenig, während am Bahnhofs große Unbequemlichkeiten entstehen würden. Deshalb haben sich auch die Fleischer gegen die Lage an der Bahn gestraut. Er lege auch Werth darauf, daß der Holzplage zwischen der Schiffsaale und wilden Saale liege, so daß die Abwässer gefahrlos abgeführt werden könnten. Er lege die bringende Bitte an's Herz, der Sache ein Ende zu machen. Für die städtische Regie sprechen nicht nur polizeiliche, nicht nur finanzielle Motive, weil eine kleine Summe erübrigt werde, nicht nur der Wunsch, daß ein Vermögensverlust in den Besitz der Stadt gelangt, sondern er erinnere angesichts der Petition auf Aufhebung der Viehpreise, welcher der Magistrat näher treten werde, an die Schwere, neue Steuerquellen zu finden, viele Städte hätten an indirekte Einnahmen gedacht, eine Schlachthaussteuer könne aber nur vom Schlachthofe erhoben werden. **Er sprach nicht zurück, in dieser Angelegenheit den Konflikt zu ergeben.** Der Herr Oberpräsident wünsche dringend die Errichtung eines Schlachthauses und stehe auf dem Boden der Vorklage. Ebenso habe er neuerdings bei dem Herrn Oberpräsidenten bereitwilliges Entgegenkommen für die Frage gefunden. Wenn der Holzplage heute abgelehnt und der Magistrat mit einem anderen Platz

kommen würde, so würden die Fremde des Viehpreisen Grundstücks auch diesen Platz ablehnen. (Nein! aus der Versammlung.)

Herr Luge wendete sich gegen die Magistratsvorlage, die Entschädigung der Fleischer sei gerechtfertigt, aber kein Popanz, um die Platzfrage zu entscheiden. Jetzt fließen von sämmtlichen Fleischer, die an verschiedenen Stellen der Stadt wohnen, die Efluvien durch die Stadt, später würde Alles durch einen Kanal geleitet. Auch jetzt brauden die Fleischer Wasser aus der Wasserleitung, bezahlen es und müssen es auch später bezahlen. Die Geister sprechen bei den neueren Einrichtungen nicht mit. Die Passage wird zu eng und die Verbreiterung der Schifferbrücke zu kostspielig. Nur 2/3 des Viehs kommt zum Klausthore herein, Schweine und Hammel kommen mehr von den andern Seiten. Der Holzplage ist zu klein, weil sich noch andere Etablissements anschließen müssen. Sanitätsrath Dr. Hillmann betont, der Magistrat könne das Viehpreise Grundstück nicht nehmen, weil der Bezirksrath seine Einwilligung nicht geben werde, er bestreite, daß auf 5-600 Schritt ein übler Geruch zu merken sei, hat in der Nähe von Schlachthäusern Industrie nicht gefunden und leugnet, daß die Fleischpreise in die Höhe gehen werden.

Herr zweiter Bürgermeister Schneider unterstützt die Magistratsvorlage und geht von dem Gedanken aus, daß man nicht die Interessen eines großen Standes angreifen darf, ohne ihre gerechten Wünsche zu hören. Wenn die Fleischer mit der Erklärung für den Holzplage hervortreten, müssen wir diesem Wunsche entsprechen, wenn die wirtschaftlichen, sanitären und Verkehrsinteressen dafür sprechen. Die sanitären Rücksichten sprechen für den Holzplage, auch die Verkehrsinteressen zeigen sich darin: Es ist nicht erforderlich, daß die Straßen breit sind, so stark wird der Verkehr nicht werden, sollten aber die Zugänge verbreitert werden müssen, so wird die Verkehrsverbesserung der ganzen Stadt zu Gute kommen. Auch die finanziellen Interessen sprechen gegen Veltke, beim Holzplage haben wir ein Objekt, das nichts kostet und die Entschädigungen in Wegfall bringt. Wenn mit den Ueberflüssen des Viehpreisen Grundstücks ein Geschäft zu machen sei, dann bezahle er Herrn Koest nicht, warum er nicht selbst das Geschäft mache.

Herr Regierungsrath a. D. Gneist hält es für wünschenswert, ein Schlachthaus zu erbauen, kann aber dem vorgeschlagenen Platz nicht zustimmen. Wenn man den gelegenen Winkel finden wollte, so konnte man nur auf den Holzplage verfallen, er liege auf einer Insel, sei der Ueberfluthung ausgesetzt. Wie soll da ein Schlachthaus mit regem Verkehr errichtet werden? Die Fleischer käufchen sich, wenn sie einen so abgelegenen Winkel für passend halten. Der Bericht auf die Entschädigung während der Fleischer sei ein Danaergeschenk, die 150000 M würden in das Grundstück hineingestreckt werden. An dem Kostenanfrage von 750000 M hängen noch 500000 M, die wir nicht sehen. Es muß eine zweite Brücke über die Saale, ein zweiter Weg geschaffen werden. Wir werden jedenfalls ein zweifelhafte Grundstück finden.

Herr Prof. Dr. Kohlshütter vermahnte sich gegen die Aenderung des ersten Bürgermeisters, daß die Gegner des Holzplages jeden anderen Platz ablehnen würden, wenn es nicht der Viehpreise sei. Nehmen Sie, welchen Platz Sie wollen an der Eisenbahn, wir werden ihn acceptiren. Wir bauen nicht für die Fleischer, sondern wir fragen uns, was ist für die ganze Bevölkerung gut. Mag ein einzelnes Gewerbe leiden, das allgemeine Interesse ist vorzuziehen.

Herr Friedrich hält die Entschädigungsansprüche der Fleischer für nicht zu hoch, da die Schlachthäuser, welche im Bau begriffen und noch nicht konsecurirt worden seien,

Frauen-Industrie-Schulen.

Obwohl diese Schulen überall, wo man sie eingerichtet hat, einem wirklichen Mangel abhelfen und nicht wenig zur naturgemäßen Lösung der sogenannten Frauenfrage beitragen, scheint der Zweck und die Wichtigkeit derselben in manchen Schichten des Publikums noch ziemlich unbekannt zu sein.

Man liest die betreffenden Anzeigen und betrachtet meist das ganze Unternehmen als eine geschäftliche Angelegenheit, die der Bekande bedarf, um zu prosperiren. Das ist jedoch eine falsche Ansicht.

Die Frauen-Industrie-Schulen sind Institute, welche das weibliche Geschlecht erwerbsfähig und erwerbsthätig machen sollen. Unsere Zeit ist eine herausfordernde; sie tritt an jeden mit der Mahnung heran: „Komme zum Bewußtsein deines Lebens, d. h. arbeite!“ — Viele Stadien der Entwicklung des Volkslebens und sociale Krisen waren erforderlich, ehe dieser Ruf auch beim weiblichen Geschlechte, namentlich in den höheren Ständen sich Geltung verschaffte.

In den meisten Fällen ist es das „Miß“ des Lebens gewesen, welches die Frauen als erwerbend in die Reihen der Arbeitenden gestellt hat. Aber auch die gesammte Kulturentwicklung unserer Zeit drängt dazu. Je mehr die Bedürfnisse sich entwickeln, desto mehr Bedürfnisse entstehen. Die Bedürfnisse heißen Verdrängung, folglich Arbeitskraft.

Der Mann kann oft diese Kraft allein nicht mehr bieten, die Frau muß mit einretten. So ist es eine durchaus berechtigte sociale Forderung, die in unserer Zeit an das weibliche Geschlecht ergeht, daß es arbeite in anderer und mehr ausgedehnter Weise, als früher. Das gilt nicht nur für die verheiratete Frau, das gilt auch in noch höherem Grade für die vielen Mädchen, die nicht in den Ehestand treten. Sie müssen arbeiten, selbstständig arbeiten, erwerben. Der Kampf ums Dasein tritt an viele derselben gebieterisch heran. Und die sentimentale Meinung mancher Frauen und Damen, die im Schoße einer sorgenfreien Dämlichkeit, oder sonst in pelamir gesicherten Verhältnissen leben, daß die Arbeit um Erwerb für das weibliche Geschlecht nicht passen sei, dürfte in

unseren Tagen kaum noch von anderen als von ähnlich situirten Genossinnen getheilt werden.

Die ecke Wichtigkeit steht über den augenblicklichen Lebensbedingungen und abelt sie. Durch ein Herausretten aus dem Familienkreise zum Zwecke des Erwerbs kann sie nicht gefährdet werden. Ihre Fiktin ist nicht die Klausur des elterlichen Hauses, sondern das eigene Herz.

Der fundamentale Beruf des Weibes bleibt deswegen doch der, eine Gattin des Mannes zu sein und die eigenen Kinder zu erziehen. Aber in der Fortentwicklung der menschlichen Gesellschaft haben sich der Frauenmaterie eben noch andere Berufswege geöffnet, und wir können der Ansicht „ein Mädchen habe, wenn es unverehelicht bleibt, seinen Beruf verfehlt“, fähig die Behauptung entgegenstellen: „Wer zu arbeiten verheiratet, der verfehlt seinen Beruf niemals.“ Schmerzt dürfte es wiegen, wenn die Frau ihren Beruf verfehlt und dem Manne, dem sie angehört, nicht dient und ihre Kinder nicht erzieht. Aber da, selbst bei der unglücklichsten Ehe und bei der unwürdigsten Kindererziehung, spricht selten jemand von verfehltm Berufe.

Wäre es da nicht besser, wenn die, welche so wenig ihre Stelle als Frau und Mutter auszufüllen weiß, in irgend einem Konfektionsgeschäfte Kleider zuschnittet oder in die Kassenbücher lange Reihen von Zahlen einträgt, als daß sie das Lebensglück eines Menschen verheimelt und in die Kinderbergen, die sie zu bilden hat, einen Keim des Schicksals sät, der sie oder nur durch eine schwere Lebensschule wieder auszugleichen ist?

Es ist kaum länger als ein Jahrzehnt her, daß man in einzelnen Städten, namentlich in Berlin (wir erinnern nur an den Präsidenten Lette und an den Direktor Karl Weiß), in Reutlingen, Stuttgart, Hamburg und anderwärts sogenannte Frauen-Industrie-Schulen gründete, welche durch Eröffnung verschiedener Erwerbsquellen die Noth in der Frauenwelt mindern und zugleich die heranwachsende weibliche Jugend befähigen sollten, den Anforderungen der jetzigen socialen Verhältnisse zu genügen und unter Umständen den Kampf ums Dasein selbstständig aufnehmen zu können.

Tausende dankten diesen Instituten, daß sie nun in ihrem eigenen Haushalte dem Manne eine zuverlässige Stütze, eine Helferin und Förderin des Wohlstandes gewor-

den sind, und noch größer ist die Zahl derjenigen Mädchen, welche durch die in den Industrie-Schulen erworbenen Fertigkeiten sich in selbstständiger Stellung lösen und nicht nöthig haben, auf den Bewerber zu warten, der sie versorgen soll.

Erfahrungsmäßig ist es am zweckentsprechendsten, wenn die Töchter gleich nach Vollendung des dreißigsten Schulunterrichts (sei es in einer Elementar-, Bürger- oder höheren Mädchenschule), in die Industrie-Schule eintreten und in derselben die praktische Bildung für das Leben sich aneignen. Die Industrie-Schule ist zugleich die nutzgemäße und darum beste Fortbildungsschule für die weibliche Jugend aller Stände. — Auch die Töchter der gutsituirten Familien werden in diesem Institute in Rücksicht auf die praktischen häuslichen Bedürfnisse noch gar Manches lernen, was die höhere Mädchenschule, selbst die trefflichst organisirte, ihrem ganzen Wesen und Zwecke nach nicht bieten konnte. —

Und wenn die Industrie-Schule in ihnen auch nur die Lust zu den oft recht einformigen und profanen Arbeiten des häuslichen Bedarfs mehr weckt, so wäre dies schon an sich bei manchen der jungen Damen ein nicht zu unterschätzender Gewinn.

Von größerer Wichtigkeit aber ist die Industrie-Schule für die Töchter des Bürgerstandes, sowie für alle diejenigen jungen Mädchen, welche frühzeitig daran denken müssen, einst durch eigene Arbeit den Unterhalt sich zu erwerben. Nehmen wir auch die Forderung entschieden an, den Besuch dieser Institute obligatorisch für die weibliche Jugend zu machen, so dürfte sich doch gerade hier für die städtischen resp. staatlichen Behörden die beste Gelegenheit bieten, indirekt durch Gründung von Freistellen oder sonstige Subvention für die Weiterbildung der aus der Schule entlassenen Mädchen zu sorgen, nachdem schon seit langen Jahren ausschließlich im Interesse der männlichen Jugend entsprechende Einrichtungen getroffen worden sind.

Es geht jedoch mit der Einrichtung und Entwicklung dieser weiblichen Berufs-Anstalten oder Fachschulen ganz ähnlich wie bei dem Entstehen der höheren Mädchenschulen. Man hat dieselben lange Zeit der privaten Initiative überlassen. Gleichwohl dokumentiren die diese Privatinitiative einen gewaltigen Fortschritt im Vergleich zu den ehemaligen Schulen. —

